



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Martin Hagen, Albert Duin, Julika Sandt, Alexander Muthmann, Matthias Fischbach** und **Fraktion (FDP)**

Gasförderung in Bayern - Alle Optionen müssen auf den Tisch!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Zuge der Gaskrise in Deutschland sämtliche Optionen für die Gasförderung in Bayern zu ermöglichen. Dazu zählen vor allem

- eine schnellere und unbürokratische Genehmigung für die Exploration deutscher Gasfelder mittels konventioneller Gasfördermethoden,
- eine Prüfung der Gasförderung mittels Fracking in Deutschland – hierzu zählen Gefahrenabschätzung, Umweltverträglichkeitsprüfung, Potenzial- und Effizienzanalysen sowie konkrete Umsetzungszeiträume zum Einsatz der Fracking-Methode,
- eine stärkere Positionierung pro Erdgasförderung in Zeiten der Krise, um bayerische Gemeinden, die sich an Gasförderprojekten beteiligen möchten, mehr Rückendeckung zu geben.

Begründung:

Mit der Ausrufung der Alarmstufe im Notfallplan Gas durch das Bundeswirtschaftsministerium wurde die Verletzlichkeit und Abhängigkeit Deutschlands von ausländischer fossiler Energie abermals deutlich. Die Projektionen für die gesetzlich vorgegebenen Füllstände der deutschen Gasspeicher erreichen in keinem durchgerechneten Szenario eine Versorgungssicherheit für den späten Winter. Da Russland die Gaslieferungen als Waffe in einem (Wirtschafts-)Krieg einsetzt, liegt es nun an uns, alle Möglichkeiten zur einheimischen Gasförderung in Erwägung zu ziehen und, wo es möglich ist, zu genehmigen und durchzuführen.

Hierzu zählen zum einen erleichterte Genehmigungen für die konventionelle Gasförderung. So haben z. B. die Genehmigungen der LNG-Terminals an der deutschen Nordseeküste gezeigt, dass in der aktuellen Krisensituation sehr leicht auf Beteiligungsprozesse und Umweltverträglichkeitsprüfungen verzichtet werden kann. Mittlerweile befindet sich das Terminal in Wilhelmshaven nach kurzer Genehmigungszeit im Bau. Zum anderen muss die Diskussion um eine Erdgasförderung mittels der sog. Fracking-Methode wiederbelebt werden. Unterhalb Deutschlands befinden sich 2,3 Billionen Kubikmeter technisch erschließbares Erdgas aus Schiefergesteinen. Zum Vergleich: In Deutschland wurden im Jahr 2021 knapp 5,2 Mrd. Kubikmeter Erdgas gefördert. Eine deutliche Erleichterung der Abhängigkeit sowohl vom russischen Erdgas als auch vom US-amerikanischen LNG-Gas wäre somit durchaus möglich.

Zudem steht zu erwarten, dass Gazprom nach den anstehenden Reparaturmaßnahmen an Nord Stream 1 am 11. Juli 2022 die Gaslieferungen nach Deutschland komplett einstellen wird. Spätestens dann ist von der Bundesnetzagentur eine erhebliche Reduzierung der Gesamtgasimportmengen festzustellen, was die Preisanpassungsklausel des neuen Energiesicherheitsgesetzes auslösen würde und massive Preissteigerungen

für die Industrie und Privatverbraucher nach sich ziehen würde. Diese Gasmangellage muss zu einem Umdenken bezüglich der heimischen Gasförderung führen.

Des Weiteren fürchten Gemeinden oft Protestbündnisse, die vor Ort gegen Erdgasprojekte mobilisieren. Hier muss die Staatsregierung den Erdgasunternehmen und betroffenen Gemeinden stärker Rückendeckung geben. Freistaat und Gemeinden dürfen sich hier nicht die Verantwortung gegenseitig zuschieben. Die Beantragung einer sogenannten gewerblichen Erlaubnis ist für Firmen, die hier investieren wollen, sinnlos ohne entsprechende politische Unterstützung.¹

¹ Siehe zum Hintergrund: <https://www.welt.de/wirtschaft/plus239529901/Erdgas-Aus-Angst-vor-Protest-gefaehrdet-die-Politik-die-Versorgungssicherheit.html>